GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Im Osten nichts Neues oder : Wie der polnische Staat die Frauen missachtet

Chouj, Boena

2007

https://doi.org/10.25595/534

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Chouj, Boena: *Im Osten nichts Neues oder : Wie der polnische Staat die Frauen missachtet*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 16 (2007) Nr: 2, 109-113. DOI: https://doi.org/10.25595/534.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Im Osten nichts Neues oder: Wie der polnische Staat die Frauen missachtet

BOŻENA CHOŁUJ

Seitdem Polen der EU angehört, haben seine politischen Eliten gelernt, die geforderten Lippenbekenntnisse zur Gleichstellung der Geschlechter abzusondern. Dies heißt jedoch nicht, dass sie der Geschlechterpolitik eine erstrangige Bedeutung beimessen würden. Da die EU-Richtlinien zur Geschlechtergleichheit auch für Polen verpflichtend sind, können Frauen, die sich seit Jahren für diese Gleichheit einsetzen, immerhin nicht mehr als Angriffsobjekt dienen, so wie es vor Polens EU-Beitritt oft der Fall war.

Das wichtigste kritische Moment der polnischen Geschlechterpolitik stellt heute die Tatsache dar, dass sie noch familienorientierter ist als zuvor. Frauen werden als integraler Teil einer traditionell aufgefassten Familie betrachtet. Die Familienpolitik konzentriert sich auf sie als Mütter oder als Schwangere. Nach der Entbindung bekommen sie 1.000 Zlotys „Entbindungsgeld" *(Becikowe)* unabhängig von ihrer finanziellen Lage – womit die staatliche Unterstützung für sie aber schon so gut wie ausgeschöpft ist. Denn das Kindergeld, welches kinderreiche Familien bekommen, ist sehr gering bemessen und stellt eher eine symbolische denn eine reale Hilfe dar. Als man vor ein paar Monaten den Mutterschaftsurlaub verlängerte, „vergaß" man, eine Absicherung für die Frauen auf dem Arbeitsmarkt gesetzlich festzulegen, was zur Folge hat, dass sie hier nun noch benachteiligter sind als zuvor. Die ArbeitgeberInnen erhielten keinerlei gesetzliche Anreize, die Frauen nach einer längeren Arbeitspause wieder einzustellen.

Auch nach Beendigung der Erwerbsarbeit werden Frauen aufgrund des polnischen Rentensystems benachteiligt. Eine Reform des Rentensystems wird in Polen zurzeit intensiv diskutiert. Momentan werden Frauen gesetzlich fünf Jahre früher pensioniert als Männer, womit sie meist weniger ausgezahlt bekommen als diese, abgesehen davon, dass sie in den feminisierten Berufen unterbezahlt sind. Hinzu kommt, dass nach der neuesten gesetzlichen Regelung Frauen nach dem Tod ihres Ehemanns nicht mehr auf dessen Rente umsteigen dürfen, was früher eine große Hilfe war, denn diese Rente war im Allgemeinen höher als die der Frauen. Mit dieser Änderung war keine direkte Diskriminierung von Frauen beabsichtigt, sondern sie war der auch in Polen dramatischen Verringerung des Rentenfonds geschuldet, der für die nächsten Generationen kaum noch ausreichen wird. Dass es vorwiegend Frauen sind, die von der neuesten Entscheidung betroffen sind, weil sie auch in Polen durchschnittlich länger leben als Männer und in der Regel niedrigere Renten haben, scheint eher ein trauriger Zufall zu sein, den die Gesetzgeber nicht bedacht hatten. Die zunehmende Verarmung älterer Frauen, im soziologischen Jargon „Feminisierung der Armut" genannt, steigt in Polen von Jahr zu Jahr an, verstärkt noch dadurch, dass das Gesundheitssystem,

welches man im Alter zumeist häufiger in Anspruch nehmen muss, seit Jahren in einer tiefen Krise steckt.

Protest von Frauen im Gesundheitssektor

Diese Krise erreichte im Sommer 2007 ihren Höhepunkt. Viele KrankenhausärztInnen und Krankenschwestern begannen zu streiken. Als die Regierung darauf nicht reagierte, nahm der Protest der Krankenschwestern radikalere Formen an. Sie versammelten sich vor der Kanzlei des Ministerpräsidenten Jarosław Kaczyński in Warschau, und als auch das nicht half, verwandelte sich ihre Manifestation in eine permanente Aktion: Direkt vor dem staatlichen Gebäude begannen sie zu zelten. Ihre Zelte bekamen bald danach den Namen „Weißes Städtchen". Die Krankenschwestern demonstrierten Tag und Nacht und artikulierten ihre Kritik an der Regierungspolitik. Sie verlangten, dass man mit ihnen in einen Dialog tritt, auf ihre Forderungen nach Lohnerhöhung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und vor allem nach einer Reform des Gesundheitswesens antwortet.
Viele FachärztInnen und Krankenschwestern haben wegen der schlechten Arbeitsbedingungen Polen verlassen. Sie werden gerne in Schweden, Großbritannien und auch Deutschland angestellt. Durch ihren Weggang haben sich die Bedingungen in den meisten polnischen Krankenhäusern dramatisch verschlechtert. Die Versorgung der Kranken ist durch Personalmangel unzureichend, operiert wird nur noch im unbedingten Notfall. Trotz radikaler Proteste, inklusive Hungerstreik, hat die Regierungsseite nicht reagiert. Da der Minister für das Gesundheitswesen selbst krebskrank wurde und operiert werden musste, nahm man dies als Anlass, um die Fragen der Gesundheitsreform aufzuschieben, als wollte man abwarten, dass die protestierenden Frauen ermüden und das Gelände vor der Kanzlei des Ministerpräsidenten verlassen. Die Polizei wurde eingesetzt, um die protestierenden Frauen auf eine weiter abgelegene Grünanlage zu verdrängen, doch vier Krankenschwestern drangen während dieser Aktion in das Gebäude ein mit dem Ziel, mit Regierungsvertretern zu sprechen. Da sich niemand dazu bereit erklärte, verließen sie mehrere Tage lang das Gebäude nicht. Draußen wusste man nicht, was mit ihnen geschehen war, denn die Handy-Verbindung mit ihnen war aus unverständlichen Gründen unterbrochen. Erst später wurde bekannt gegeben, dass sie zu essen und zu trinken bekommen hatten und unversehrt waren. Es wurde jedoch nicht erklärt, warum sie das Gebäude nicht verlassen. Nach ein paar Tagen versuchte die Regierung, diese Frauen für Kompromisse zu gewinnen, aus ihnen Streikbrecherinnen zu machen, was jedoch nicht gelang.
Dass Regierung und staatliche Institutionen auf die Forderungen von Frauen nicht reagieren, ist für die Art, wie sie in der jetzigen Legislaturperiode behandelt werden, charakteristisch, insbesondere wenn sie als politische Akteurinnen für ihre Interessen auftreten. Sie werden einfach ignoriert. Ihre Protestbriefe werden nicht beantwortet. Die Kommunikation zwischen der Regierung und feministisch gesinnten Nichtregierungsorganisationen, in denen die eigentliche polnische zweite Frauenbewegung verankert ist, funktioniert nicht mehr. In dieser Situation erfahren die Frauen, dass

die Idee der *civil society* nur so lange praktiziert werden kann, solange der politische Wille seitens der staatlichen Macht dazu besteht. Da die Kommunikationskanäle zwischen der Regierung und der Bürgergesellschaft in der Europäischen Union (EU) immer noch nicht obligatorisch sind, sondern nur als Beweis für gut funktionierende demokratische Strukturen in einem Land gelten, kann die derzeitige Situation in Polen vom Ausland zwar beklagt, jedoch nicht geändert werden.

Europäisches Recht als Korrektiv

Wenn Fragen der Frauen- und Gleichstellungspolitik auf der europäischen Ebene so spektakulär gelöst werden könnten, wie es letztens im Bereich des Umweltschutzes in Polen geschah, könnten sich die Polinnen eine tatsächliche Verbesserung ihrer Situation erhoffen. Kurz vor den Protesten der Krankenschwestern hatten nämlich die polnischen Grünen gegen den Bau einer Autobahn nahe der Ostsee, in Rospuda, protestiert. Sie konnten sich darauf berufen, dass auf diesem Gebiet seltene Vogelarten in ungewöhnlicher Dichte nisten, und dass diese Brutplätze Teil des EU-Programms NATURA2000 zum Schutz seltener Lebensräume sind, die nicht durch Bebauung vernichtet werden dürfen. Obwohl der politische Status der polnischen Grünen seit ihrer Parteiengründung im Jahre 2004 dem der feministischen Frauenorganisationen darin ähnlich ist, dass sie vor allem als Störenfriede wahrgenommen werden, haben die Grünen bei den entsprechenden EU-Institutionen mit ihrer Aktion mehr erreicht als die polnischen Frauen in der gesamten Transformationszeit seit 1989. Ihnen gelang es, den Europäischen Gerichtshof (EuGH) dazu zu bewegen, sich über den Bau der geplanten Autobahn zu äußern. Es wird höchstwahrscheinlich am Ende zu einem Kompromiss kommen, aber auch das ist als ein Erfolg zu bewerten: Die Regierung konnte die große Umweltschutzaktion nicht derart ignorieren, wie es beim Protest der Krankenschwestern der Fall war. Ferner haben die ausländischen Korrespondenten über deren Proteste und das „Weiße Städtchen" vor der Kanzlei des Ministerpräsidenten nicht annähernd so ausführlich berichtet wie über Rospuda.
In frauenpolitischen Angelegenheiten gab es bislang nur ein EuGH-Verfahren gegen Polen; geklagt hat Alicja Tysiącs: Obwohl ihre Gesundheit durch eine dritte Schwangerschaft stark gefährdet war, wurde bei ihr keine Abtreibung durchgeführt, auch wenn es auf Grund der Gesetzeslage in Polen in diesem Fall erlaubt gewesen wäre. Alicja Tysiąc ist seit ihrem dreizehnten Lebensjahr schwer sehbehindert. Zwei Kinder hatte sie bereits auf die Welt gebracht, doch bei jeder Schwangerschaft verlor sie mehr an Augenlicht. Bei der dritten Schwangerschaft bekam sie darum von ihrem Arzt eine Einweisung ins Krankenhaus, da sie völlig zu erblinden drohte. Im Krankenhaus wurde jedoch entschieden, das Baby durch Kaiserschnitt zu holen, wodurch ein weiterer Verlust der Sehrkraft allerdings nicht verhindert werden konnte. Vielmehr hat sich der Zustand der Frau so beträchtlich verschlechtert, dass sie zurzeit sehr gefährdet ist, sie darf sich nicht bücken, nichts heben. Sie kämpft seit 1999 um Entschädigung für das, was ihr widerfahren ist, zumal sie eine finanzielle Unterstützung bei ihrer Behinderung für die Betreuung der Kinder dringend braucht, vor allem für

das jüngste Kind, das sie nicht richtig versorgen kann. Dank der Hilfe der Föderation für Frauenangelegenheiten und Familienplanung gelang es ihr, die Klage vor dem EuGH in Strassburg erfolgreich einzureichen.
Das Urteil erging am 30. März 2007 – Polen wurde vom EuGH zur Zahlung einer Entschädigung an Frau Tysiąc in Höhe von 25.000 Euro verurteilt und hat die Verfahrenskosten in Höhe von 14.000 Euro zu tragen. Doch die polnische Regierung will das Urteil nicht akzeptieren und geht in Revision. Die Bevollmächtigte für Frauenangelegenheiten der jetzigen Regierung verschiebt die Verantwortung auf lokale Instanzen, obwohl sie wissen müsste, dass regionale Ämter für solche Zwecke nicht zuständig sind. Die Reaktion der Regierung im Fall von Alicja Tysiąc ist viel sagend und exemplarisch dafür, wie mangelhaft selbst das Recht von Frauen auf körperliche Unversehrtheit respektiert wird. Der Fall zeugt nicht nur von der Einstellung der Regierung zu Frauen und zum Problem des Schwangerschaftsabbruchs, sondern auch vom Stand des Gesundheitswesens in Polen. Trotz eindeutiger medizinischer Indikation entscheiden unterschiedliche Instanzen nicht einheitlich, jedoch im Zweifelsfall zum Nachteil von Frauen. Daran ändert sogar die gesetzliche Regelung nichts. Da das jetzige System in Krankenhäusern Schulden generiert, liegt die Vermutung nahe, dass auch im Falle von Alicja Tysiąc aus ökonomischen Gründen versäumt wurde, was aus medizinischer Sicht eigentlich hätte getan werden müssen.

Wie weiter in Polen?

Es nimmt also nicht wunder, dass die seit dem 19. Juni 2007 protestierenden Krankenschwestern auch von der polnischen Bevölkerung unterstützt wurden. Eine große Hilfe leisteten ihnen auch feministische Organisationen und die schlesische Gewerkschaft der Kohlengrubenarbeiter Solidarność 80, die mit diesen Organisationen seit Jahren zusammenarbeitet. Da die Krankenschwestern jedoch nur friedlich protestieren wollten, konnte sich die Hilfe der Männer von „Solidarność 80“ nicht voll entfalten. Sie sind durch radikale Aktionen bekannt, bei denen es oft zur durchaus handgreiflichen Konfrontation mit der Polizei kommt. Bisher hatten sie damit immer Erfolg.
Das „Weiße Städtchen“ wurde nach zwei Monaten – Anfang August – aufgelöst, da der Protest erfolglos blieb. Die Sommerpause des Parlaments wurde zu einer Sommerpause dieser Protestform. Am 22. August 2007, wenn der Sejm wieder zusammentreten wird, wollen sich die Krankenschwestern erneut vor der Kanzlei des Ministerpräsidenten einfinden, um an die ungelösten Probleme zu erinnern.
Der Gesundheitsminister war nach seiner Operation zwar vor der Auflösung des „Weißen Städtchens“ wieder ansprechbar, aber auch er hat kein Konzept zur Reform des Gesundheitswesens. Nach seiner Rückkehr aus dem Krankenhaus stellte er nur fest, dass durch die Streiks mehrere Krankenhäuser in Konkurs gegangen sind. So musste das Ministerium für Gesundheitswesen den Beschluss fassen, ein Krankenhaus in Lódź zu schließen, gerade jenes Krankenhaus, das den Namen „Denkmal der Mutter Polin“ trägt. Es ist eine Gründung des Generals Jaruzelski, mit der er die

Frauen symbolisch besänftigen wollte, nachdem er 1981 das Kriegsrecht verhängt hatte. Was bedeutet diese Schließung heute? Symbolisiert sie die Niederlage der protestierenden Frauen oder die Niederlage der Frauenpolitik der jetzigen Regierung? Das ist schwer zu beantworten. Doch schon heute weiß man, dass diese Schließung eine Zäsur darstellen wird, ein hoffentlich nicht endgültiger Bruch der Kommunikation zwischen der Regierung und den Frauen, die um ihre Rechte kämpfen.